



Schmetterlinge lassen sich in Bayern immer häufiger eher an Fenstern als in der Natur bestaunen. FOTO DPA

40 Prozent weniger Schmetterlingsarten in Bayern

In Bayern gibt es rund 3000 Schmetterlingsarten. Laut Experten hat sich aber ihr Bestand in den vergangenen Jahren um über 90 Prozent verringert. „Die ökologischen Folgen sind mehr als bedenklich, denn der Rückgang blütenbestäubender Insekten beeinflusst die Vielfalt von Wild- und Nutzpflanzen ebenso wie die Nahrungsmittelproduktion“, warnt **Florian von Brunn** (SPD). Der Abgeordnete wollte jetzt wissen, was die Ursachen für den Artenrückgang sind und welche Maßnahmen die Staatsregierung dagegen ergreift.

Das Umweltschutzministerium antwortet, Experten im Raum Regensburg hätten anhand von Sammlungsdaten und Zeitzeugen einen Artenrückgang bei Schmetterlingen von rund 40 Prozent innerhalb von 175 Jahren feststellen können. „In den letzten 15 Jahren gingen insbesondere weitere Offenland-Lebensräume verloren oder haben ihre Habitatqualität teilweise eingebüßt“, heißt es weiter.

Die Ursachen für die Veränderung der Biodiversität sind laut Ministerium zahlreich: „Zu nennen sind hier beispielhaft der Klimawandel, der Lebensraumverlust durch Versiegelung der Böden oder ein hoher Flächenverbrauch.“ Auch die intensive Landnutzung einschließlich des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sei ein maßgeblicher Faktor.

Ob das Herbizid Glyphosat für den Rückgang mitverantwortlich ist, kann das Ressort von Umweltministerin Ulrike Scharf (CSU) nicht sagen. „Zur fundierten Beurteilung liegen zu wenige Daten

vor.“ Glyphosat wirke aber grundsätzlich nicht unmittelbar auf Schmetterlinge, sondern höchstens auf deren Futterpflanzen ein. Für die Zulassung von Pestiziden sei darüber hinaus das Umweltbundesamt zuständig.

Zum besseren Schutz hat die Staatsregierung jetzt Programme zur Dauerbeobachtung von Schmetterlingen gestartet. „Ein Ausbau des Langzeitmonitorings zur Entwicklung der Insektenfauna in Bayern ist geplant“, heißt es in der Antwort. Außerdem sollen die Lebensräume der Schmetterlinge durch weitere Schutzflächen und einer Förderung von Ackerland, Wiesen und Weiden ohne flächigen Einsatz von Pestiziden wieder vergrößert werden.

Eine zentrale Rolle beim Schutz der Biodiversität kommt laut Scharf-Ressort dem ökologischen Landbau zu: „Die Individuen- und Artenzahl in ökologisch bewirtschafteten Äckern sind bei vielen Pflanzen- und Tiergruppen um ein Mehrfaches höher als in konventionellen Kulturen.“ Selbst in Siedlungsgebieten gebe es mehr Arten als in landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Die Staatsregierung investiert daher 40 Millionen Euro pro Jahr in die naturverträgliche Bewirtschaftung von Äckern, Wiesen und Weiden im Rahmen des Vertragsnaturschutzes. Jährlich rund 17 Millionen Euro überweist das Umweltschutzministerium außerdem für Maßnahmen nach der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie. Hinzu kommen 500 000 Euro für den Erhalt lichter Wälder. > LOH

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

Arbeit 4.0, Wettbüros, Videoüberwachung

Zahl der Wettbüros in Bayern deutlich gestiegen

Schätzungsweise 650 000 Menschen in Deutschland sind spielsüchtig, 438 000 davon krankhaft. Ein besonders problematischer Fall bleiben die Geldspielautomaten. SPD-Fraktionschef **Markus Rinderspacher** hakte jetzt bei der Staatsregierung nach, wie sich die Zahl der Spielhallen in Bayern entwickelt hat und mit welchen Konzepten die Staatsregierung die Spielsucht eindämmen möchte.

Das Innenministerium schreibt, zwischen 2012 und 2014 seien 116 neue Spielhallen erlaubt worden. Damit gibt es in Bayern insgesamt 2446 Spielhallen – 292 weniger als 2012. Aktuellere Zahlen nennt das Ressort von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) nicht. Diese dürften sich aber auf einem ähnlichen Niveau bewegen, heißt es in der Antwort. Gestiegen ist hingegen die Anzahl der Wettbüros. Während es im Juli 2010 kein einziges offenes Wettbüro gab, stieg die Zahl auf 207 im Jahr 2013 und auf 414 im Jahr 2017 an. Das Ministerium schließt nicht aus, dass es sogar noch mehr sind.

Wie viele Spielautomaten es in Bayern gibt, kann die Staatsregierung nicht sagen. Zwar hätten 7500



In Bayern gibt es rund 2500 Spielhallen. FOTO DPA

die Landesstelle Glücksspielsucht in Bayern (LSG) die Zahl der Süchtigen zu senken, beispielsweise mit Online-Beratung, Telefonhotlines, Apps, Zeitungsartikeln, Radio- und TV-Spots. Außerdem wird an der Entwicklung von Entlastungstrainings für Angehörige gearbeitet. Nicht zuletzt finden regelmäßig Vorträge, Schulungsangebote, Workshops und Fortbildungen statt.

Flüchtlinge: Kooperation mit Tirol und Südtirol

Die Staatsregierung hatte zu Beginn der Flüchtlingskrise angekündigt, in Fragen der Flüchtlingspolitik intensiv mit Tirol und Südtirol zusammenarbeiten zu wollen. Hans Jürgen Fahn (Freie Wähler) interessierte sich jetzt dafür, welche konkreten Maßnahmen den damaligen Ankündigungen gefolgt sind.

Das Innenministerium schreibt, die Flüchtlingsproblematik sei regelmäßig Gegenstand von Gesprächen von Staatsminister Herr-

mann gewesen. Bayern arbeite seit jeher eng mit Tirol beziehungsweise Südtirol auf allen Ebenen eng und vertrauensvoll zusammen.

Eine von Fahn angefragte Übersicht der Treffen existiert laut Ministerium nicht, auch förmliche Gesprächsprotokolle seien nicht angefertigt worden. Allerdings hätten Ministerpräsident Horst Seehofer und der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter im März 2016 eine Erklärung zu einer gemeinsamen, koordinierten Vorgehensweise in der Flüchtlingsfrage unterzeichnet. Darin ist beispielsweise ein unbürokratischer Austausch der beteiligten deutsch-österreichischen Polizeibehörden vorgesehen. Außerdem wurde die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität ausgebaut.

Die gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Österreich und Italien soll bei den vierteljährlichen Besprechungen der Vertre-



Polizisten des Deutsch-österreichischen Kooperationszentrums. DPA

tungen der Vollzugsbehörden auch in Zukunft fortgesetzt werden. Dabei werden regelmäßig das gemeinsame Vorgehen, neu aufkommende Erscheinungsformen illegaler Migration und entsprechende Bekämpfungsstrategien erörtert sowie eine Auswertung der Effektivität der Kontrollen durchgeführt.



Die Staatsregierung konnte nicht alle Details von Hans Jürgen Fahns (Freie Wähler) Anfrage beantworten. FOTO BSZ

Mehr Polizeieinsätze durch Videoüberwachung

„Der Ausbau von Videoüberwachung im öffentlichen Nahverkehr ist ein wichtiger Bestandteil des Sicherheitskonzepts für den Freistaat“, schreibt **Herbert Kränzlein** (SPD) in seiner Anfrage. Der Abgeordnete fragte jetzt bei der Staatsregierung nach, wie viele Polizeieinsätze es an videoüberwachten S-Bahn-Stationen in München und Nürnberg gegeben habe. „Und bei wie vielen Einsätzen konnte mithilfe der Videoüberwachung ein entscheidender Mehrwert gegenüber einer fehlenden Überwachung gewonnen werden?“

Laut Innenministerium kam es 2016 an den 60 videoüberwachten S-Bahn-Stationen in München zu 3465 Einsätzen, an den zwei videoüberwachten Nürnberger S-Bahn-Stationen zu acht Einsätzen. Demgegenüber stehen 1652 Einsätze an den 91 nicht videoüberwachten Haltestellen in München sowie 428 an den 75 nicht videoüberwachten Haltestellen in Nürnberg.

Das Ministerium ist aber überzeugt: „Eine sichtbare Videoüberwachung schreckt nicht nur potenzielle Straftäter ab, wodurch mit-



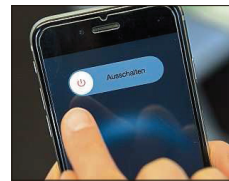
In München werden 60 S-Bahn-Stationen videoüberwacht. FOTO DPA

unter Straftaten unterbunden oder gar verhindert werden können“. Auch Fahndungs- und Ermittlungsansätze könnten durch die

Auswertung gewonnen werden. Wie oft Videoüberwachung für die Aufklärung oder Verhinderung einer Straftat gesorgt hat, kann das Ressort von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) allerdings nicht sagen. Dazu müssten die Akten manuell ausgewertet werden.

Kein Gesetz für „Recht auf Nichterreichbarkeit“

Durch die Digitalisierung der Arbeit hat sich die tägliche Berufswelt von Beschäftigten dramatisch verändert. „Dies führt dazu, dass sehr viele Beschäftigte permanent erreichbar sind und mit der Arbeitsverdichtung eine höhere Belastung einhergeht“, schreibt SPD-Frakti-



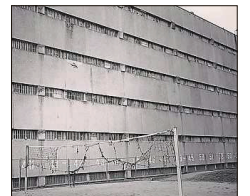
In manchen Firmen muss das Firmenhandy am Abend aus sein. DPA

onschef **Markus Rinderspacher**. Wie reagiert die Politik in Bayern darauf, fragte er die Staatsregierung.

Das Arbeitsministerium sieht keinen Regelungsbedarf. „Ein generelles Recht auf Nichterreichbarkeit muss nicht gesetzlich geregelt werden“, heißt es in der Antwort. Das derzeitige Arbeitszeitgesetz schütze Beschäftigte ausreichend vor arbeitszeitbedingten Gefahren. Eventuell darüber hinausgehende Regelungen müssen laut Ministerium von den Tarifvertragsparteien im Rahmen der Tarifautonomie getroffen werden.

In den Geschäftsbereichen des Freistaats gibt es aktuell weder im Beamten- noch im Tarifrecht Bestimmungen zur Nichterreichbarkeit. „Planungen zur Schaffung von Regelungen im Hinblick auf ein Recht zur Nichterreichbarkeit bestehen seitens der Staatsregierung nicht“, schreibt das Ressort von Arbeitsministerin Emilia Müller (CSU). Dafür gebe es keine Notwendigkeit, weil die Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeiten der Normalfall sei.

Pro Monat drei Todesfälle in bayerischen Gefängnissen



Letzten März beging ein Häftling in der JVA Stadelheim Suizid. LOH

Immer wieder begehen Häftlinge in Gefängnissen Selbstmord. Bekannt werden solche Fälle nur selten. Zuletzt sorgte der Suizid des syrischen Terrorverdächtigen Al-Bakr in Leipzig für Schlagzeilen, als er sich trotz ständiger Beobachtung in seiner Zelle erhängte. Landtagsvizepräsidentin **Ulrike Gote** (Grüne) wollte jetzt von der Staatsregierung wissen, zu wie vielen Todesfällen es im ersten Halbjahr 2017 in bayerischen Gefängnissen gekommen ist.

18, antwortet das Justizministerium. Die Hälfte davon beging Selbstmord. Zwar gebe es umfangreiche Maßnahmen zur Suizidprävention, aber solche Fälle ließen sich „nie gänzlich ausschließen“. Am häufigsten nehmen sich Menschen in Untersuchungshaft das Leben. Ob der Tod der natürlich verstorbenen



Suizid in Haft lässt sich nie gänzlich ausschließen, teilte die Staatsregierung Ulrike Gote (Grüne) mit. FOTO BSZ

Insassen zum Beispiel aufgrund von langer Krankheit vorhersehbar war, kann das Ressort von Justizminister Winfried Bausback (CSU) nicht sagen. Sollte dies der Fall sein, werde aber in der Regel eine Unterbrechung der Haft angeregt, heißt es in der Antwort. In jedem Fall werde eine „adäquate medizinische Versorgung“ der Gefangenen sichergestellt.

> DAVID LOHMANN



In Bayern dürfen 7500 Gaststätten Spielautomaten aufstellen, erfährt Markus Rinderspacher (SPD). FOTO BSZ

Gaststätten eine sogenannte Geoinformationsbestätigung. „Es ist aber nicht bekannt, inwieweit die Gaststätten von ihren Bestätigungen Gebrauch machen“, schreibt das Ministerium. Belastbare Aussagen hinsichtlich der Kriminalität in der Umgebung von Spielhallen könnten ebenfalls nicht getroffen werden. Dort handele es sich „ohnehin meist um Gebiete mit höherer Kriminalitätsbelastung.“

In Bayern gibt es laut Ministerium zwischen 15 000 bis 58 000 Spielsüchtige, davon 22 000 bis 53 000 krankhaft. Neben Beratungsstellen und Fachkliniken versucht

INFO Schriftliche Anfragen 2017

Die SPD-Abgeordneten im Landtag haben 2017 die meisten schriftlichen Anfragen an die Staatsregierung gestellt. Mit 814 von insgesamt 1639 Anfragen liegen die Sozialdemokraten deutlich vor den anderen Fraktionen, wie der Landtag mitteilte. Mit 452 Anfragen folgen den Zahlen zufolge die Grünen vor den Freien Wählern (322). Die drei fraktionslosen Politiker kamen zusammen auf 19 Anfragen. Die Abgeordneten der CSU-Fraktion bilden mit 32 Anfragen das Schlusslicht. Eine andere Form, Auskünfte von der Staatsregierung einfordern, sind Anfragen zum Plenum. Dieses Instrument wurde im vergangenen Jahr in 814 Fällen genutzt.